

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak“ - Drucksache 6/5583

### **Humanitäre Hilfe für besonders Schutzbedürftige im Norden des Irak**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten,

- sich auf der Bundesebene für eine humanitäre Hilfsaktion des Bundes für besonders schutzbedürftige Menschen aus dem Nordirak einzusetzen und so ein Aufnahmekontingent nach dem Aufenthaltsgesetz zu schaffen,
- sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Region bei ihren Verwandten in Deutschland deutlich erleichtert wird,
- zu prüfen und die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass schnellstmöglich besonders schutzbedürftige Menschen durch das Land Brandenburg im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogramms des Bundes aufgenommen werden.

### **Begründung:**

Der islamistische Terror gegen religiöse Minderheiten wie Jesiden und assyrische Christen im Nordirak (und in Syrien) hat Tausende von Menschen zur Flucht getrieben. Frauen werden vergewaltigt, verschleppt oder zur Prostitution gezwungen, Männer ermordet. Auf Grund der akuten Bedrohung u.a. der Jesiden durch die Terrormiliz Islamischer Staat ist eine Verstärkung der Hilfe durch die internationale Gemeinschaft dringend erforderlich.

Mehr als 150.000 Menschen sind aus Angst vor Militäroperationen auf der Flucht. Irakische Sicherheitskräfte und verbündete Milizen haben Mitte Oktober eine Großoffensive begonnen, um die Millionenstadt Mossul von den Terroristen des IS zu befreien. Im Laufe des Angriffs auf Mossul könne die Zahl der Flüchtlinge auf über eine Million steigen, warnte die Hilfsorganisation Oxfam. Die Rückeroberung Mossuls gilt als entscheidend für die Niederschlagung des IS im Irak. Dabei ist die Lage für die Zivilbevölkerung katastrophal. Kinder und Familien im seien dabei in einer schrecklichen Situation, warnte das UN-Kinderhilfswerk UNICEF vor wenigen Tagen. Der Landesdirektor im Irak von Oxfam erklärte dazu „Tausende bereits von Gewalt traumatisierte und unter Nahrungsmittelknappheit leidende Familien werden voraussichtlich wochenlang im Freien oder in völlig überfüllten Camps aushalten müssen.“

Mike Bischoff  
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers  
für die Fraktion DIE LINKE

Datum des Eingangs: 13.12.2016 / Ausgegeben: 13.12.2016